

Der



informiert

## **Trierer Provinzposse erreicht die Landeshauptstadt**

**Stand: 28.01.2020**

Im Juni des vergangenen Jahres rückte endlich - etwa 9 Jahre nach dem Baubeschluss - der Ausbau der Eiltzstraße näher. Zugleich wurde deutlich, dass die Baukosten sich in Folge der Verzögerungstaktik der Stadt nahezu verdoppelt hatten. Und dass man beabsichtigte, diese Mehrkosten anteilmäßig auf die Anlieger abzuwälzen.

Wir haben das Thema hier in allen Aspekten ausführlich dargestellt. Daher nur noch einmal in aller Klarheit: der Protest hat sich ausschließlich an der unakzeptablen Abrechnungsmethode der Stadt Trier entzündet und nicht, wie es zuletzt gerne dargestellt wurde, an der Frage, nach welcher Methode - Einmalbeiträge oder wiederkehrende - abzurechnen sei. Diese Verlagerung des Themas auf eine völlig andere Ebene war der Versuch der Akteure, das Baudezernat aus der Schusslinie zu nehmen und die überhöhten Abrechnungen nicht zu gefährden. Zu unserer großen Überraschung hat der Stadtrat dieses perfide Manöver - selbst gegen den erklärten Willen des Ortsbeirates, erst recht gegen den einer breiten Mehrheit der Betroffenen in Pfalzel - mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen, Linken, einer der FDP und der Freien Wähler unterstützt.

Nun wird ein weiteres Kapitel aufgemacht. Die Landesregierung weiß, dass sie in der Frage der Anliegerbeiträge mit dem Rücken an der Wand steht. Etliche Bundesländer haben sie bereits abgeschafft, andere wollen diesem Beispiel folgen. Nicht so die Landesregierung in Mainz, die mit aller Gewalt an diesem System festhalten möchte, aber sehr wohl weiß, dass diese Haltung sie bei der kommenden Landtagswahl viele Wählerstimmen kosten kann.

Daher jetzt auch dort ein ähnlich spitzfindiger Rettungsversuch wie in Trier: stellen wir doch einfach mal um auf wiederkehrende Beiträge, vielleicht ebbt dann der Protest gegen dieses höchst umstrittene Instrument wenigstens einmal ab.

Was bedeutet das für die Bürger? In Summe fließen noch höhere Anliegerbeiträge in öffentliche Kassen. Während heute bei Einmalbeiträgen meist 60 % der Kosten durch die Kommune getragen werden (Herzogenbuscher Straße, Loebstraße, Am Pfahlweiher) oder doch wenigstens 50 % (Vorgabe für Eiltzstraße), werden das zukünftig nur noch 30 % sein (Mariahof, Vorgabe für Pfalzel). Angeblich so gefordert durch den Landesrechnungshof. Allein bei der Eiltzstraße fließen durch die Umstellung etwa 400.000 € zusätzlich von Bürgern in die Kasse der Stadt.

Wenn der Landeszuschuss nicht gemindert wird und nicht Käufer städtischer Grundstücke ihre gezahlten Ablösebeiträge zurückfordern, ginge die Stadt sogar mit einem Gewinn aus dieser Baumaßnahme.

Wäre eine solche gesetzliche Vorgabe rechtssicher? Wohl eher nicht. Die Stadtverwaltung Trier hat in den vergangenen Wochen immer wieder betont, dass nicht in allen Stadtteilen auf wiederkehrende Beiträge umgestellt werden könne, da sie zum Beispiel zu groß oder nicht hinreichend genau von den Nachbarbezirken abgrenzbar seien. Und das soll dann ein Gesetz aus Mainz übersteuern? Muss man dazu noch mehr sagen? Das ganze Vorhaben ist ein untauglicher und in höchstem Maße unlauterer Versuch, alte Pfründe zu retten und weitere Mittel in die öffentlichen Haushalte zu spülen. Ausgerechnet am gleichen Tage darf der geduldige Bürger zur Kenntnis nehmen, dass das letzte Haushaltsjahr in Rheinland-Pfalz mit einem Überschuss von einer Milliarde Euro abgeschlossen wurde. Für einen Straßenausbau als öffentliche Aufgabe ist da natürlich nichts übrig.

Man nimmt sehendes Auges in Kauf, dass enorme Kosten für eine Umstellung entstehen, die nach einem möglichen Regierungswechsel im kommenden Jahr zum Fenster hinaus geworfen wären, da dann eine generelle Abschaffung sehr wahrscheinlich wäre. Ohne Regierungswechsel wird Rheinland-Pfalz womöglich bald das letzte Bundesland sein, das noch Beiträge zu Straßenbaumaßnahmen erhebt. Ein solches Alleinstellungsmerkmal hatte bisher nur Baden-Württemberg. Allerdings mit umgekehrten Vorzeichen, da es diese nie eingefordert hat.

Sind wir allein mit unserer Kritik? Von Anfang an waren wir uns mit dem Bund der Steuerzahler einig bezüglich des Projektes Eiltzstraße im Besonderen und der Erhebung von Anliegerbeiträgen allgemein. Nach wie vor hält der BdSt daran fest, dass diese Beiträge grundsätzlich abzuschaffen sind. Gleiches gilt für die lokale Initiative gegen diese Beiträge. Selbst Dr. Frieden, Vorstand des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, räumt ein, dass es einen geeigneten Zeitpunkt für eine Umstellung kaum geben kann. Wir kennen nur ein positives Beispiel: Mariahof. Hier liegen einmal optimale Voraussetzungen hinsichtlich der Abgrenzbarkeit des Erhebungsgebietes vor. Und man stellte um, bevor man mit der Gesamtanierung des kompletten Straßennetzes begann.

Im Übrigen kommt den Befürwortern der Beiträge bei einer wiederkehrenden Erhebung ihr wichtigstes Argument abhanden, dass nämlich durch den Ausbau einer Straße der Wert der angrenzenden Grundstücke steige. Um in Pfalzel zu bleiben, wie soll man einem Anlieger am Ende des Flürchens klar machen, dass sein Grundstück durch den Ausbau der Eiltzstraße eine Wertsteigerung erfährt?

Wie ist die Berichterstattung der letzten Woche zu beurteilen? Der TV preschte vor, kein anders Blatt in Rheinland-Pfalz interessierte sich vorab für das Thema. Dann die Schlagzeile: "Trierer Proteste zeigen Wirkung in Mainz" Wir haben oben gerade dargestellt, dass sich die Proteste in Pfalzel gegen die überhöhten Abrechnungen bei der Eiltzstraße richteten, gegen nichts sonst.

---

Abenteuerlich wird es, wenn man versucht, das Ergebnis als Erfolg von Protesten zu verklären. Wenn es zu diesem Gesetz kommt, wird deutlich mehr Geld der Bürger in die Kassen der Kommunen fließen. Dass Härtefälle vermieden werden und die Zahl der Betroffenen sich deutlich erhöht, ändert daran nichts. Der BdSt nennt die geplante Regelung eine zweite Grundsteuer. Damit liegt er absolut richtig. Und je nachdem, was Kommunen dann so planen, kann diese zweite Grundsteuer die erste locker deutlich übersteigen.

Oberbürgermeister Leibe lässt sich zitieren, dass Trier an dieser Entwicklung mitgewirkt habe. Entsprechend eines Auftrags des Stadtrates habe man die Anliegerbeiträge in Mainz zum Thema gemacht. Da hat er den Auftrag des Stadtrats aber gründlich missverstanden. Denn dieser hatte im Dezember 2018 mit breiter Mehrheit einer Resolution der UBT zugestimmt, die Anliegerbeiträge grundsätzlich abzuschaffen. In Richtung Mainz hätte es daher allenfalls Bemühungen dahingehend geben sollen, sich gänzlich von der Erhebung diese Beiträge zu verabschieden. In keinem Falle aber Anregungen zu einer solchen Umstellung.

---